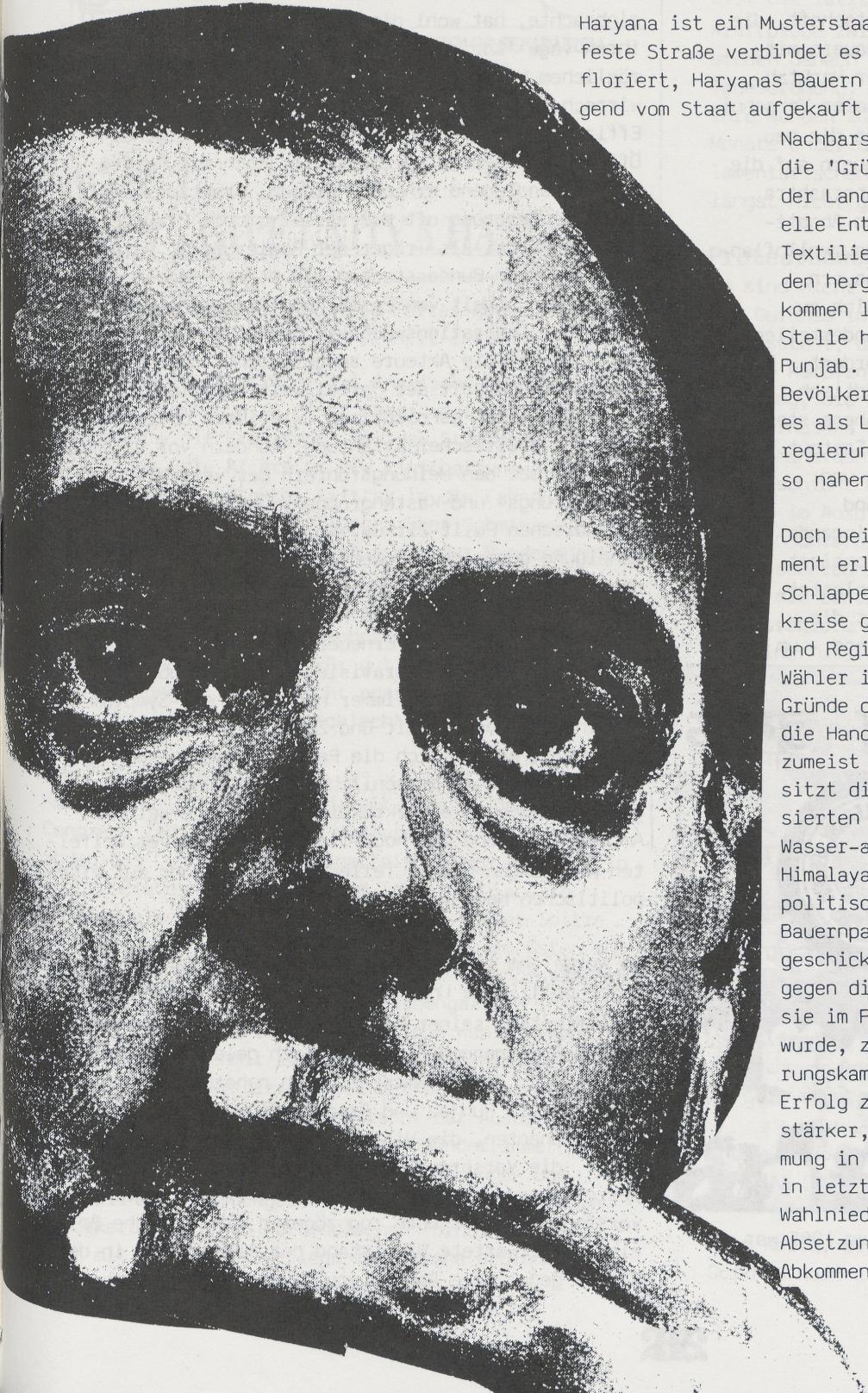




Rajiv Gandhi:

1000 Tage und (k)ein bißchen weiser !?

Nach 1000 Tagen Amtszeit von Rajiv Gandhi gehören Videotheken, Computer und japanische Motorräder wie selbstverständlich zum Leben. Aber auch blutige Konflikte und Ausschreitungen haben während dieser Zeit zugenommen. Zur Halbzeit der Legislatur-Periode ist das Ansehen von Rajiv Gandhi und der Congress-(I)-Regierungspartei auf einen vorläufigen Tiefpunkt abgesackt. Uwe Hoering zieht Bilanz:



Haryana ist ein Musterstaat. Jedes Dorf hat Strom, eine wetterfeste Straße verbindet es mit der Außenwelt. Die Landwirtschaft floriert, Haryanas Bauern produzieren Überschüsse, die überwiegend vom Staat aufgekauft werden. Ebenso wie im nördlichen

Nachbarstaat Punjab marschierte in Haryana die 'Grüne Revolution', die Modernisierung der Landwirtschaft. Doch auch die industrielle Entwicklung hat Fuß gefasst, Stahl und Textilien, Trecker und Haushaltsgeräte werden hergestellt. Gemessen am Pro-Kopf-Einkommen liegt der Bundesstaat an zweiter Stelle hinter Goa, nahezu gleichauf mit Punjab. Vieles davon verdankt Haryanas Bevölkerung der Congress-Partei, die - sei es als Landesregierung, sei es als Zentralregierung -, den der Hauptstadt New Delhi so nahen Bundesstaat stets gut versorgte.

Doch bei der jüngsten Wahl zum Landesparlament erlitt der Congress eine böse Schlappe, er konnte gerade noch fünf Wahlkreise gewinnen. Die Zugkraft von Parteiführer und Regierungschef Rajiv Gandhi auf die Wähler ist deutlich verschlissen. Einer der Gründe dafür ist die Unzufriedenheit über die Handhabung des Punjab-Konflikts. Den zumeist hinduistischen Bauern Haryanas sitzt die Furcht im Nacken, die radikalierten Sikhs im Norden könnten ihnen ihren Wasseranteil an den Flüssen, die aus den Himalayas herunterkommen, sperren. Die politische Opposition, angeführt von der Bauernpartei Lok Dal, wußte diese Furcht geschickt zu nutzen. Sie machte den Kampf gegen die Verteilung des Flußwassers, wie sie im Punjababkommen von 1985 geregelt wurde, zum Hebel einer breiten Mobilisierungskampagne unter Haryanas Bauern. Deren Erfolg zwang die Zentralregierung immer stärker, ihre Punjab-Politik auf die Stimmung in Haryana abzustellen. Ihr Versuch, in letzter Minute die sich abzeichnende Wahlniederlage abzuwenden und mit der Absetzung der Sikh-Regierung im Punjab das Abkommen faktisch zu den Akten zu legen,

half ihr nicht mehr, ebenso wenig wie "Kaffeefahrten" für die Bauern in den Punjab, auf denen sie sich davon überzeugen sollten, daß die Arbeiten am Kanal, der ihnen bald das begehrte Wasser bringen soll, Fortschritte machen.

Zweites Gesprächsthema ist jedoch die Lage der Bauern. "Der Congress ist gegen die Bauern", meint Pratap Singh, ein Bauer aus der dominierenden Jat-Kaste. "Die Preise für Dünger, Pestizide und Saatgut haben sich verdreifacht, doch wir erhalten immer noch den gleichen Preis für unsere Produkte." Sein Kollege Bansi Singh erweitert die Klage. "Wir bekommen überhaupt kein Saatgut oder Dünger, es sei denn, wir kaufen auf dem Schwarzmarkt oder zahlen Bestechungsgelder." Korruption, vor allem aber die Probleme einer modernen kapitalistischen Landwirtschaft, die Fleiß und Innovationsbereitschaft der Bauern mit steigenden Produktionskosten, wachsender Marktabhängigkeit, nicht selten mit katastrophaler Verschuldung belohnt, haben nicht nur in Haryana die neu entstandene Schicht kapitalistischer Bauern auf die Barrikaden getrieben. In Bundesstaat Maharashtra schütteten Milchbauern aus Protest gegen Absatzschwierigkeiten Milch auf die Straße, Baumwollpflanzer verbrannten Synthetikstoffe, Tabakbauern errichteten Straßensperren und ließen sich zu Hunderten verhaften. In nahezu allen Landesteilen regt sich diese neue Bauernbewegung, fordert 'bharat', das ländliche Indien, vom städtisch-industriellen 'India' seinen anteil: höhere staatlich garantierte Erzeugerpreise, billigeres Saatgut, Dünger und Pestizide, niedrigere Strom- und Wasserkosten, ein Ende von Korruption und Versorgungsengpässen - kurzum: gewinnbringende Produktionsbedingungen. Um die Subventionslast, die den Staatshaushalt bereits bedrohlich belastet, nicht noch weiter anwachsen zu lassen, leistet die Congress-Regierung hinhaltenden Widerstand - um den

Preis, die Unterstützung dieses neuen, immer einflußreicher werdenden Teils der ländlichen Bevölkerung zu verlieren. In den Augen von Bauern wie Bansi Singh und Pratap Singh ist sie längst der Repräsentant von 'India' und damit führend beteiligt an der Ausbeutung und Benachteiligung von 'bharat'.

Sinkender Stern

Wie die Klage von Bauer Bansi zeigt, ist es Sauber-mann Rajiv Gandhi außerdem nicht gelungen, den Congress vom Ruch der Korruption und Vetterwirtschaft zu befreien, den er sich - seit der Unabhängigkeit vor 40 Jahren nahezu ununterbrochen an der Regierung - redlich erworben hat. Die innerparteiliche Säuberung, mit der Gandhi zu Beginn seiner Amtszeit Furore machte und die ihm sein Image als 'Mr. Clean' einbrachte, hat wohl die Alte Garde der Partei mit ihren vagen 'sozialistischen Ideen' und damit möglichem Widerstand gegen seine Politik der wirtschaftlichen Liberalisierung, administrativen Effizienzsteigerungen und außenwirtschaftlicher Öffnung weitgehend kaltgestellt, doch die Partei nicht grundlegend erneuern können. Fraktionskämpfe, deren Hintergrund oft der Streit um die Pfründe ist, die die Partei als Träger der Regierung zu vergeben hat, legen in Bundesstaaten wie Uttar Pradesh oder Orissa die Arbeit von Partei und Regierung praktisch lahm. Der Generationswechsel, den Rajiv Gandhi vollzog, hat die Akteure ausgetauscht, doch die Funktionsfähigkeit der Partei weiter gemindert. Den Neulingen fehlt es nicht nur, wie ihrem obersten Chef auch, an politischer Erfahrung, sondern vor allem an Rückhalt bei den Meinungsführern der verschiedenen Bevölkerungs- und Kastengruppen, Überlebensnotwendig im indischen Polit-Zirkus. In seiner verständlichen Abneigung gegen die 'power-brokers', die einflußreichen Vertreter von Interessengruppen und Drahtzieher der Macht, hat Gandhi die Partei vielfach ihrer Wurzeln beraubt. Eine Erneuerung von unten durch innerparteiliche Demokratisierung steht, obwohl vielfach versprochen, immer noch aus, ein Symptom für die interne Uneinigkeit und Zerrissenheit. Der letzte Strohhalm, an den sich die Partei klammern konnte, war Rajiv Gandhis persönliches Image, über groß aufgeblasen durch die spektakulären Umstände seines Amtsantritts und die hochfliegenden, fast verzweifelten Hoffnungen großer Teile der Bevölkerung auf einen politischen Neuanfang.



Auf dem letzten Congress-(I)-Parteitag 1985 war die Stimmung in der Partei noch besser.

So wurde ihm eine ausgedehnte Lehrzeit zugestanden, seine politische Unerfahrenheit, die fragwürdige Qualifikation seiner häufig wechselseitigen Berater eher lächelnd hingenommen. Wie magisch gelang ihm im ersten Jahr seiner Amtszeit auch nahezu alles, was er anpackte. Im Punjab und Assam schloß er Frieden mit den Opponenten, die Wirtschaft wuchs wie selten zuvor, die Versorgungslage verbesserte sich, Getreideberge häuften sich in staatlichen Lagern, in verstaubten Amtsstuben zog zögernd eine frische Brise ein, der erwartete Widerstand der Alten Garde in der Partei gegen ihre Abhälftung verpuffte weitgehend.

WILL THE COUNTRY'S BORDER FINALLY BE MOVED TO YOUR DOORSTEP?

ever who belongs to another State).
Let these facts, then, be what will happen.
On the other hand, the Congress (1) can work for national
unity, and the Congress (1) can work for national
and only the Congress (1) can unite the States.
only the Congress (1) can make them think, as one, as one,
and only the Congress (1) can make India free from discriminating among
states and peoples, fighting each other, and finally, possibly, destroying
each other.
You can survive only if India survives,
and only the Congress (1) can make India survive as one, India
in your survival depends on you, since
your country can make all the difference.

INDIA COULD BE YOUR VOTE AWAY FROM UNITY OR SEPARATISM



GIVE UNITY A HAND.

Anzeigenkampagne der Congress-Partei gegen separatistische Bestrebungen: Für die Einheit Indiens.

Doch der Hoffnungsträger ist inzwischen selbst demontiert durch eine nicht abreißende Kette von Skandalen - die Kraftprobe mit dem Staatspräsidenten Zail Singh, die Affäre um die Einschaltung der amerikanischen Detektei Fairfay in die Fahndung nach Fluchtkapital, die Enthüllungen über Schmiergeldzahlungen bei Waffengeschäften mit der Bundesrepublik und Schweden. Ein Indiz für den katastrophalen Niedergang des einstigen Idols lieferte jüngst eine Umfrage unter Großstadtbewohnern. Danach halten nur noch 19% Gandhis Arbeit für gut oder sehr gut, jeder zweite dagegen für schlecht oder - und das immerhin über 12% - gar für sehr schlecht.

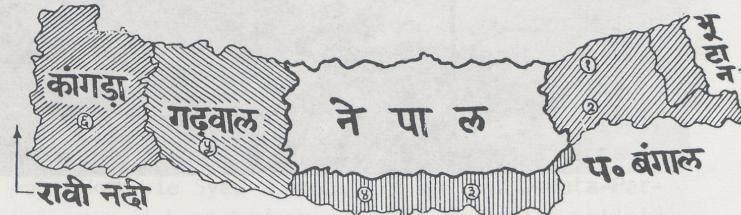
Reif für die Insel

Kein Wunder, daß der Trend seit Monaten gegen den Congress läuft. Politisch verloren ist der ganze Süden des Landes: Regionalparteien geben den Ton in Andhra Pradesh, Karnataka und Tamil Nadu an, in Kerala gelang jüngst den Kommunisten an der Spitze einer Parteien-Koalition ein Come-Back. Im Osten muß sich die Gandhi-Partei mit den kleinen Bundesstaaten begnügen, im kommunistischen Westbengal und in Assam hat sie trotz 'Mr. Clean' erhebliche Wahlschlappen erlitten. In Kashmir ist sie nur ein Juniorpartner einer Koalitionsregierung mit der muslimischen Regionalpartei, im Punjab herrscht der Ausnahmezustand. Wie auf einer Insel, deren Ränder immer mehr abbröckeln, wurde der Congress so auf Nord- und Zentralindien zurückgedrängt, insbesondere auf den bevölkerungsreichen nordindischen 'Hindi-Gürtel'. Doch mit der Wahlniederlage in Haryana beginnt auch diese letzte Bastion zu bröckeln.

Verzweifelt versuchen Parteifunktionäre, eine Verteidigungslinie aufzubauen. "Wenn Rajiv angegriffen wird, wird der Congress angegriffen und damit die Stabilität des Landes", warnt N.K. Sharma, einer der Generalsekretäre der Partei. Hinter der Skandalserie, so die Parole, stecke eine "Verschwörung imperialistischer Kreise". Gandhi selbst hält die gegenwärtigen Schwierigkeiten für nicht viel mehr als Störmanöver seiner Gegner, angezettelt wegen der Wahl in Haryana und anderen Bundesstaaten. "Wir haben die verfestigten Sonderinteressen im System angegriffen, in der Politik, der Bürokratie und der Industrie. Es war zu erwarten, daß diese Interessengruppen irgendwann zurückslagen würden." Die Wahl eines Nachfolgers für Staatspräsident Zail Singh im Juli war vorerst die letzte Gelegenheit einer parlamentarischen Kraftprobe zwischen Regierung und Opposition. Wahlen stehen danach erst wieder in ca 30 Monaten auf der Tagesordnung. Zeit genug für die Regierungspartei, ihre Wunden zu lecken und die Scherben der letzten Monate unter den Teppich zu kehren. An der außerparlamentarischen Front ist damit aber die Ruhe noch längst nicht gewährleistet.

Protestbewegungen

Es sind nicht nur die Bauern, die unzufrieden sind. Die Gurkhas in Westbengal verlangen einen eigenen Bundesstaat, die ethnischen Minderheiten in Zentralindien kämpfen gegen Staudämme, Abholzung und Vertreibung, die Bevölkerung im nördlichen Grenzgebiet von Karnataka fordert den Anschluß an den Nachbarstaat Maharashtra, Jugendliche aus der städtischen Mittelschicht demonstrieren für die Abschaffung von Quoten im Ausbildungssystem und Staatsdienst zugunsten unterprivilegierter Bevölkerungsgruppen, die Studenten in Assam, die nach jahrelangem Kampf gegen die Zentralregierung seit Ende 1985 die Landesregierung stellen, sehen sich seither selbst mit einer massiven Autonomiebewegung der einheimi-



सुगीली-सन्धि (१८६६) ई. अधिको गोरखा सम्राज्य को स्पष्ट फलक

सीमा परिचयः— पूर्वमा—वर्तमान सिक्किम का सम्पूर्ण भूभाग, भोटांड० को दामसाङ्गं गढ़ी र दालिमहाट गढ़ सम्म, दाजीलिड० जिल्ला, जलपाई गढ़ी, कुचिबिहार का केही भूभाग र आसाम का गवालपाड़ा सम्म भूमि हरु क्रम संख्या-१,२ भर्नी जनाईए को थ।
दक्षिणमा—गाँगावर्षी की भूभाग हरु क्रम संख्या-३,४ भर्नी जनाईए को थ।
परिचयमा— गढ़वाल की गाँगड़ा देखी लिए र दृम्ब भूमि सम्म जसलाई रावी (राप्ती) नदी ले काश्मीर देखी दुट्ठायां को थियो, क्रम संख्या-५,६ मा देखाइए को थ।

Map extracted from the book "AN ACCOUNT OF THE KINGDOM OF AND THE TERRITORIES ANNEXED THIS DOMINION BY THE HOUSE OF GURKHAS (1819)" written by Francis Buchanan Hamilton M.D.

Alte Karte, die die Rechtmäßigkeit der Forderung der Gurkhas nach einem eigenen Staat aufzeigen soll.



Indische Gegensätze: Typisches Dorfleben und sozialer Wohnungsbau in New Delhi (Fotos Bruni Weißen).

schen Stammesbevölkerung konfrontiert - die sprachliche, ethnische und religiöse Vielfalt des Landes liefert Zündstoff für ebenso vielfältige Konflikte, die um so heftiger und zahlreicher werden, je erfolgreicher die moderne Entwicklung die herkömmlichen Lebensverhältnisse umwälzt.

Das Problem Nummer Eins aber ist, auch nach Rajiv Gandhis eigenem Urteil, der Kommunalismus, die wachsende Militanz hinduistischer und communalistischer Fundamentalisten.

Religiöse Armeen

Eine halbe Million Hindus folgten den Wagen mit Götterstatuen, die vom Jagannath-Tempel aus durch die Innenstadt Ahmedabads im westindischen Gujarat zogen, viermal mehr als beim letzten Mal. Nur durch ein starkes Polizeiaufgebot konnte verhindert werden, daß die traditionelle Prozession, die von den Muslims der Stadt als Provokation empfunden wurde, zu blutigen Zusammenstößen führte. Wenige Wochen zuvor, Mitte Mai, war die Polizei im nordindischen Meerut weniger erfolgreich. Bei bürgerkriegsähnlichen Zusammenstößen

zwischen Angehörigen beider Religionsgruppen starben über 150 Menschen, 1000 wurden verletzt. Kaum waren die Kämpfe in der Stadt abgeflaut, liefen Angehörige der Bereitschaftspolizei Amok: in der Kleinen Ortschaft Malliana, wenige Kilometer außerhalb von Meerut, erschossen sie kaltblütig zahlreiche Muslims, tagelang trieben Leichen im Gangeskanal und zeugten von der Brutalität. "Die Bereitschaftspolizei ist genauso schlimm wie die Nazi-Besatzer, sie will die Muslims in Uttar Pradesh vernichten." Syed Shabuddin, Parlamentsabgeordneter der Janata-Partei, artikuliert die verbreitete Stimmung, daß die Polizeikräfte, die nahezu ausschließlich aus Hindus bestehen, längst vom communalistischen Virus infiziert sind.

Fundamentalisten auf beiden Seiten finden immer größeren Rückhalt bei ihren Glaubensbrüdern, die Zahl communalistischer Gruppen steigt steil an. Seit hinduistische Organisationen zum Kampf um die "Befreiung des Geburtsorts von Gott Rama" aufrufen, fühlen sich die Muslims provoziert wie selten zuvor. Denn an der Stelle, die den Hindus als Geburtsstätte ihres Gottes gilt, steht seit dem 17. Jahrhundert eine Moschee, die die Muslims nun mit Händen und Füßen verteidigen. Die Hindu-Offensive, für die sich Hunderttausende mobilisieren lassen, verstärkt das tiefssitzende Verfolgungsgefühl der muslimischen Minderheit, die sich als Bürger 2. Klasse behandelt und als 5. Kolonne des Erzfeindes Pakistan mißtrauisch beäugt sieht.

Doch viele Muslims sind nicht länger bereit, sich weiter an den Rand drängen zu lassen. Ihr religiöses und politisches Selbstvertrauen wuchs mit zunehmendem Wohlstand, genährt unter anderem durch geschäftliche Beziehungen mit Abnehmern in arabischen Ländern und Überweisungen von 'gulfis', Arbeitsemigranten in den Golfstaaten. Für alle sichtbar wird dieser Wohlstand zum Ausdruck gebracht in zahlreichen neuen Moscheen und Koranschulen. "Religiöse Intoleranz ist dem indischen Lebensstil fremd", versuchte der Innenminister mit Appellen, der wachsenden Frontstellung zu begegnen, während die Zeitschrift "India Today", angesichts von Massendemonstrationen beider Seiten, bereits von religiösen Armeen sprach. "Überall dort, wo Muslims aufgestiegen sind, hat es Ausschreitungen gegeben", meint ein Funktionär der oppositionellen Lok Dal. Wirtschaftliche Konkurrenz, Neid und der schärfer werdende Kampf um Jobs und Ausbildungsplätze heizt ohne Frage die religiöse Agitation an. Die Geschäfte der muslimischen Kupferschmiede in Moradabad, bis zu heftigen Ausschreitungen 1980 eine relativ wohlhabende Bevölkerungsgruppe, haben sich bis heute nicht wieder normalisiert. Wie hier werden vielfach Muslims aus ihren einstigen wirtschaftlichen Hochburgen, dem städtischen Handwerk und Handel, verdrängt. Konflikte zwischen Arbeitern und Unternehmern, Landarbeitern und Grundbesitzern, letztere meist Hindus, erstere Muslims, lassen sich leicht in eine Frontstellung der beiden Religionsgruppen verwandeln. Auch das organisierte Gangstertum, ebenfalls

IT'S HAPPENED ABROAD.

EIKO IS MAKING IT HAPPEN IN INDIA.

Computers backed by:

Computer Software State-of-the-art technology

Word Processors Components and peripherals from the world's best.

Even Colour TV All India marketing network

All at affordable prices Good software support

This is what Eiko is making possible here in India — and without cutting corners.

All these products are

What's more

Eiko operates with:

Streamlined production facilities

Sophisticated R&D, and has:

A sound financial base.

Eiko

Bringing the future to you. Today.

eiko

Computers • Software • Word Processors • Colour TVs.

Eiko Sales Pvt. Ltd.
Computer Division
Marketing Head Office: 105 Lala Lajpat Rai Marg, Daryaganj, New Delhi - 110 002 Ph. 011-33610361
Regional Offices: Bangalore, Calcutta, Chennai, Hyderabad, Mumbai, and Mumbai
Representatives of Ahmedabad, Pune, and Surat. London, Hyderabad, Cambridge, India and London

"Was im Ausland stattfindet, kann auch in Indien passieren": Anzeige eines indischen Computerherstellers.

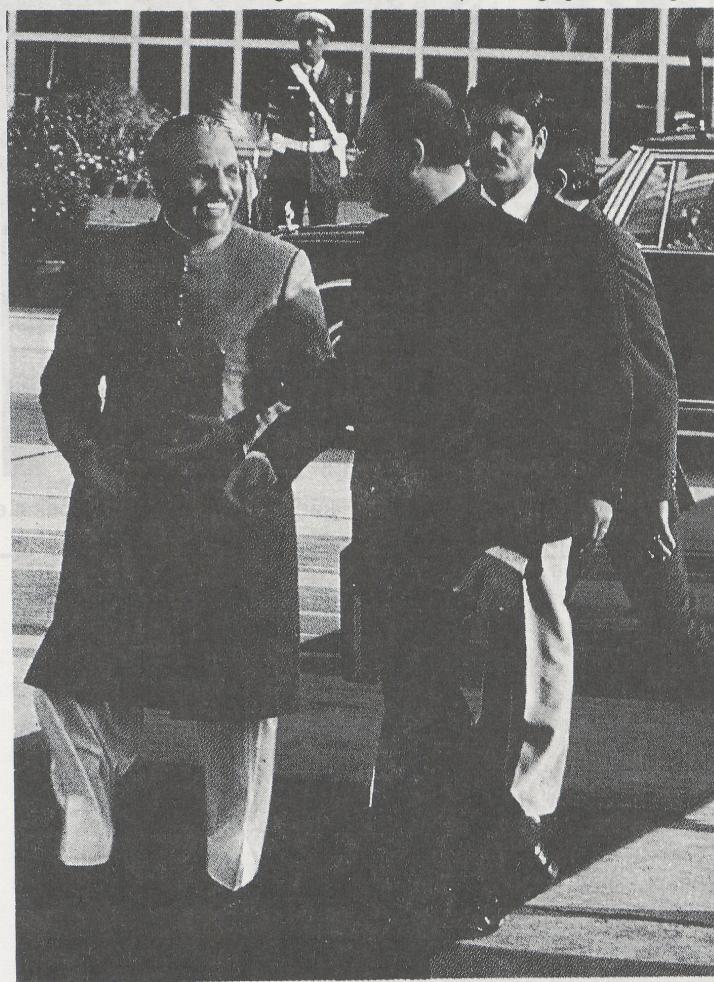
säuberlich geteilt in hinduistische und muslimische Banden, mischt bei Auseinandersetzungen kräftig mit. So hat Haji Mastan, Unterwelt-König in Bombay, sein Herz für seine muslimischen Glaubensbrüder entdeckt, die Führer der Hindu-chauvinistischen Shiv Sena in Meerut und Delhi sind bekannte Kriminelle.

Für den Congress ist das mehr als ein Problem von 'Gesetz und Ordnung'. "Parteizugehörigkeit hat keine Bedeutung mehr, man ist entweder Hindu oder Muslim", klagte ein Congress-Funktionär in Meerut. Verstört und verunsichert wenden sich immer mehr Muslims, bislang stets zuverlässige Stammwähler der Partei, von ihr ab. In die Bresche springen Oppositionspolitiker wie Syed Shahabuddin von der Janata-Partei, die sich nicht scheuen, auf der polit-religiösen Welle mitzuschwimmen. Fundamentalistische Organisationen proben ihren Auftritt in der Wahlkampfarena und damit den Sprung in die Parlamente. Seit auch die 'underdogs' der Hindugesellschaft, die einstigen 'Unberührbaren', mit der Bharatiya Samaj Party eine eigene Partei haben, droht dem Congress auf diese Weise der Verlust seiner treuesten Wähler, der gesellschaftlichen Randgruppen und Minderheiten, die in der Hoffnung auf Unterstützung und Schutz bislang zuverlässig die Regierungspartei wählten.

Viel Feind, viel Ehr

Eine Leistung ganz besonderer Art hat Rajiv Gandhis Regierung zur Halbzeit auf außenpolitischem Sektor

nachzuweisen: mit drei von Indiens unmittelbaren Nachbarn liegt man im Clinch. Friedlich geht es nur zu mit den kleinen Vasallen Nepal und Bhutan, mit Burma gibt es kaum Beziehungen, weder im Guten noch im Bösen. Dauerbrenner sind die Spannungen mit Pakistan, der seit vierzig Jahren ungelöste Streit um Kashmir ist ein hochentzündlicher Stachel im Fleisch der nachbarlichen Beziehungen. Wie brenzlig die Situation ist, zeigte sich erst wieder Anfang des Jahres, als plötzlich beide Seiten ihre Truppen entlang der Grenze im Punjab in Alarmbereitschaft setzten. Noch ehe dieser Aufmarsch zum Aufprall führte, konnte über den heißen Draht zwischen New Delhi und Islamabad geklärt werden, daß gegenwärtig



Das letzte Zusammentreffen von Rajiv Gandhi mit dem pakistanischen Präsidenten (Foto: Frontline)

bei keiner der beiden Seiten ein Bedarf an kriegerischer Auseinandersetzung besteht. Eine dauerhafte Einigung ist jedoch trotz gelegentlicher Verhandlungsrituale, fern. Die massive Aufrüstung Pakistans durch die USA dient auch nicht gerade als vertrauensbildende Maßnahme. Auch die Beziehungen zum südlichen Insel-Nachbarn Sri Lanka sind seit den Angriffen gegen die tamilische Minderheit frostig. Auf den Tiefpunkt sanken sie während der jüngsten Großoffensive der lankesischen Armee gegen die tamilische Guerilla. Hilfeleistungen aus Indien für den bedrängten Norden wurden von Colombo flugs als militärische Einmischung deklariert und brachten so die Nachbarn an den Rand der bewaffneten Konfrontation. Eine Kraftprobe findet auch im

Nordosten statt, und zwar mit keinem geringeren als mit der Volksrepublik China. Die Einrichtung eines kleinen Stützpunkts durch die Chinesen im schwer zugänglichen Himalaya brachte den Grenzstreit zwischen den beiden asiatischen Mächtigkeiten-Supermächten wieder in Erinnerung. Großmäulig hatte Indien 1962 seine territorialen Ansprüche in der Region verkündet und damals prompt von der chinesischen Armee eine blutige Lektion erteilt bekommen. Noch wird der Konflikt von beiden Seiten zu einem bloßen Fingerhakeln heruntergespielt, doch die Zündschnur ist längst gelegt. Hieße der Premierminister in New Delhi nicht Rajiv, sondern noch Indira Gandhi, dann dürfte man hinter diesen außenpolitischen Krisen-Management politisches Kalkül vermuten: um von innenpolitischen Schwierigkeiten abzulenken und das Land hinter seiner politischen Galionsfigur zusammenzuschweißen hat sich das Schreckbild eines äußeren Feindes noch stets bewährt.

Ungeliebte Freiheit

Auf kaum einem anderen Gebiet hat Rajiv Gandhis neue Linie so nachhaltig zugeschlagen wie in der Wirtschaft. Staatliche Regulierungen wurden gelockert Importe und die Zusammenarbeit mit ausländischen Unternehmen erleichtert, Steuern gesenkt - im Namen von Wachstum und Modernisierung. Indiens Unternehmer mußten sich auf Konkurrenz umstellen, auf Qualitäts- und Kostenbewußtsein, bis dahin für viele von ihnen Fremdwörter. Doch viele wußten auch die Chancen der wirtschaftlichen Liberalisierung zu nutzen. Eine kleine Gründerzeit brach an, eine Welle neuer Produkte drängte auf den Markt. Nutznießer war vor allem der städtische Mittelstand. Eine Konsumwelle schwang durch die Städte und in die Wohnzimmer. Video, Motorroller, Farbfernseher, Fertiggerichte, Autos - praktisch über Nacht schien sich die Wirtschaft, seit Jahrzehnten durch Mangel, Engpässe und miese Qualität gekennzeichnet, auf ungeahnte Höhen aufzuschwingen. Ausläufer der Welle erreichten selbst die ländlichen Gebiete, wo die neue Bauernklasse zumindest mit einem Motorrad, einem Fernsehgerät oder einem Tisch-Ventilator Anschluß suchte an die neue Lebenswelt. Seit Ende des Jahres mehren sich allerdings die Anzeichen, daß die Wirtschaft schon wieder auf Talfahrt geht. Die Zahl der Firmen, die pleite gehen, oder ihre Produktion drosseln müssen, steigt kontinuierlich. Bei manchen Wirtschaftssprechern breitet sich angesichts der Folgen des wirtschaftlichen Wendemanövers gar Untergangsstimmung aus: "Vor drei Jahren", so tönt ein Wirtschaftswissenschaftler, angestellt bei dem führenden Familienunternehmen Tata, "habe ich für 1987/88 das Abschlachten der indischen Industrie vorhergesagt und ich habe Recht behalten. Die Konkurrenz ist nach Indien gekommen und die Industrie muß nun damit fertig werden."

Die Regierung versucht das Unternehmer-Lamento, bei dem stets ein Schuß Zweck-Pessimismus mitspielt, herunterzufahren. "Ich bin überhaupt nicht

Überrascht", gibt sich ein wirtschaftspolitischer Regierungssprecher cool, "diese Art von Anpassungsprozessen zeigt gerade den Erfolg der Regierungspolitik, die offenen Wettbewerb und den Übergang vom Mangel zum Überfluß erlaubt." Noch kann die Regierung auf ein Industriewachstum von fünf bis sechs Prozent verweisen. Tatsache ist jedoch, daß trotz der riesigen Bevölkerungszahl die Nachfrage mangels Kaufkraft zu gering ist, so daß viele hoffnungsrohe Unternehmer bereits wieder dicht machen müssen. Auch die Importerleichterungen für ausländische Produkte, die nicht selten zu Dumpingpreisen auf den indischen Markt gedrückt werden, machen der einheimischen Industrie zu schaffen. Ein Ausweichen in den Export ist bei der gegenwärtigen Weltwirtschaftslage und der Rückständigkeit der indischen Industrie und ihrer Produkte kaum möglich. Während so ernste Zweifel an der Weisheit des eingeschlagenen Entwicklungsweges auftauchen, empfiehlt die Weltbank, die als wichtiger Finanzier des indischen Staatshaushalts ein einflußreicher entwicklungspolitischer Berater ist, eine noch weitergehende Liberalisierung. Versüßt

werden soll dieser Schritt mit einem Anstieg der Entwicklungshilfe für 1987/88 um fast 30 Prozent auf 5,4 Mrd. US-Dollar. Da aber der Anteil der Hilfe, der zinsfrei ist, immer niedriger wird, ist Indien, das jetzt bereits mit 36 Mrd. US-Dollar höher verschuldet ist, als die Philippinen oder Indonesien, auf dem besten Weg in die Verschuldungsfalle.

"Der Premierminister, Herr Rajiv Gandhi, scheint sich nicht ganz im Klaren zu sein über die Probleme, mit denen die Nation konfrontiert ist", meinte Sanjiva Reddy, Ex-Präsident Indiens, nach einer langen Unterredung mit dem Regierungschef. Und er habe "reichlich verworrene Vorstellungen über ihre Lösung." Er empfahl ihm, sich bei gestandenen Politikern, auch von der Opposition, Rat zu holen.

Nach 1000 Tagen und angesichts des Bündels von Problemen ist die Lehrzeit, die dem politischen Neuling Rajiv Gandhi eingeräumt wurde, offenbar zu Ende.

Uwe Hoering

bangladesh



Buntbemaltes öffentliches Ärgernis?

Die Regierung von Bangladesh will die buntbemalten Fahrradrikshas abschaffen. Sie seien für 70 % der Verkehrsunfälle mit tödlichem Ausgang verantwortlich. Welche Konsequenzen eine solche Maßnahme für tausende von Rikshawfahrern haben würde und mit welche Problemen sie heute schon zu kämpfen haben schildert Michael Nebelung in seinem Beitrag.

Fahrrad-Rikshas sind das bunte, billigste und bequemste Verkehrsmittel Asiens, auch Bangladeshs, das Taxi des "kleinen Mannes", das sich fast jeder leisten kann. Doch zunehmend werden die Rikshas von den Straßen der großen Städte verdrängt. Vor ein paar Jahren hatten indonesische Polizisten mehr als 20 000 Fahrrad-Rikshas vor der Küste Djakartas in die Java-See geworfen und weitere 25 000 konfisziert. Auf der Suche nach Schuldigen für Lärm, Gestank und dauernde Verkehrsstaus hatte man als Opfer die Riksha-Fahrer identifiziert, obwohl sie die Umwelt weder mit Lärm noch mit Abgasen belasten. Auch in der modernsten Geschäftsstadt Asiens, in Singapur, wurden Rikshas von der Straße "verbannt". In Bangkok, der Metropole Thailands, ersetzte man Rikshas durch dreirädrige "Tuc-Tucs", stinkende und lärmende Gefährte mit Vespa-Motor, die mit halsbrecherischer Geschwindigkeit durch Straßen und Gassen jagen. Lediglich in Vietnam und in Indien gibt es mehr Rikshas als je zuvor. In Neu Delhi z.B. sind sie von der Stadtverwaltung ebenfalls nicht wohlgehalten, doch 70 000 Rikshas schaffen viel Arbeit, gerade für die Armen.

Für 70 % der Unfälle verantwortlich?

Und auch in Dhaka, der Hauptstadt Bangladeshs, sollen die buntbemalten Räder mit den schattenspendenden Baldachinen von den Straßen verschwinden, weil sie angeblich für 70% der Verkehrsunfälle mit tödlichem Ausgang verantwortlich sind, dauernd alle Straßen versperren, den Verkehr behindern und darüberhinaus keinen Beitrag zur "Verschönerung" der Hauptstadt leisten, die der prestigesüchtige Generalpräsident lediglich in modernen Autos gewährleistet sieht. Weder zählt die Rikshaw als Fortschrittsträger noch als Statussymbol; im Faustrecht des großstädtischen Verkehrs werden die Rikshaw-Fahrer von LKWs, Motorrädern, Motorrikshabs und Kleinlastern erbarmungslos verdrängt. Insofern ist die Politik der Regierung gegenüber den schwachen, zumeist nichtorganisierten "Kulis", wie man sie manchmal verächtlich nennt, symptomatisch für die generelle Linie einer "Entwicklung" des Landes. De facto orientiert an den Interessen einer reichen Oberschicht, geplant im Namen der Armen und Besitzlosen, vergrößern "Entwicklungsprogramme" die Schere